

Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **186 (2020)**

Heft 9

PDF erstellt am: **18.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Deutschland

US-Truppenabzug

Zuerst als bloße Drohung des US-Präsidenten verstanden, jetzt offiziell: USAREUR, das US-Heereskommando in Europa mit Hauptquartier im deutschen Wiesbaden, wird 11 900 Soldaten und Mitarbeiter aus seinem Gastland abziehen. Damit bleiben dann noch etwa 24 000 GI's in Deutschland, mit Abstand die grösste US-Präsenz aller europäischen NATO-Länder. Mit dem Abzug soll ab Mitte August begonnen werden. Nicht alle verschoben zurück in die USA, etwa 5600 bleiben in Europa, in anderen Partnernationen, so der US-Verteidigungsminister Mark T. Esper bei einer Pressekonferenz Ende Juli. Die restlichen 6400 werden nicht dauerhaft in der Heimat verbleiben. Es ist geplant, rotierend «weiter östlich» in Europa Präsenz zu markieren. Esper meint damit «strategisch wichtigere Orte», zu Beginn vor allem in der Nähe der Schwarzmeerregion. Das erklärte Ziel ist, «diese Schritte so rasch als möglich und in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen unserer Armeegehörigen, vor allem



Bild: U.S. Army Europe

Hyten und Wolters (zugeschaltet) verkünden den «pull out».

auch deren Familien, einzuleiten», so der Verteidigungsminister. Der Kommandant des US European Command, Viersternegeneral Tod D. Wolters, erläuterte dann gleich auch die Details. Er wird mit seinem Stab und Hauptquartier, das gleichzeitig auch die Operationsbasis des US Special Operations Command Europe beherbergt, ebenfalls wegziehen ins belgische Mons, direkt zum Supreme Headquarters Allied Powers Europe, dem militärischen HQ der NATO. Wolters verspricht sich damit eine Verbesserung der Schnelligkeit und Klarheit hinsichtlich der gemeinsamen Entschlussfas-

sung und vor allem eine einfachere, aber präzisere operative Synchronität mit dem Rest der NATO. Er fügte an: «Eine ähnliche Verlegung könnte auch für das Hauptquartier des US Afrika Kommando erfolgen. Ein neuer Standort wurde aber noch nicht festgelegt.» Zudem werden die HQ von drei Brigaden, eine Raketenfliegerabwehrabteilung und ein Pontonierbataillon nach Belgien verlegt. Als eine der ersten Einheiten dürfte das 52. Luftwaffen Tiefbaugeschwader aber nach Italien gebracht werden, gefolgt von mindestens einem bis zwei F-16 Jagdgeschwader. Es geht darum, insbesondere

die NATO im Südosten besser unterstützen zu können. Auch nach Polen dürften einige Verbände gehen. Warschau steht aktuell in Verhandlung für ein US-Polnisches Verteidigungsabkommen, aber «allenfalls besteht einfach auch Bedarf, mehr Truppen dorthin oder auch ins Baltikum zu entsenden», so der General. Das alles wird aus einem klaren Grund gemacht, so der stellvertretende Chairman der US Joint Chiefs (vereinigter Generalstab) General John E. Hyten: «Es geht darum, im Einklang mit der US National Defense Strategy, die Fähigkeiten von USAREUR und der NATO aufeinander abzustimmen und in der Folge unsere Kräfte besser über Europa zu verteilen und mit dem Einsatz von Rotationsverbänden die Kampfkraft und unser Engagement für eine sicheres Europa zu erhöhen.» Der dadurch erzielte Effekt bezweckt grössere Abschreckung und verbesserte operative Flexibilität und führt laut Hyten letztendlich dazu, dass die Zusammenarbeit mit Verbündeten und Partnern in Europa erhöht und die gemeinsame Bindung gestärkt wird.

Kosovo

Sicherheitskräfte rüsten auf

Ende Juli wurden in der Adem Jashari-Kaserne bei Priština neue Fahrzeuge der Forca

e Sigurisë së Kosovës (FSK) vorgestellt. Das Land hat 42 neue Humvees (High Mobility Multipurpose Wheeled Vehicles) des Typs M1151 Enhanced Armament Carrier des

Herstellers AM GENERAL erhalten. Darunter sowohl leichtgepanzerte Varianten als auch gepanzerte, mit Geschützturm ausgestattete Versionen. Der Deal wurde anfangs Juni durch

den kosovarischen Verteidigungsattaché in Washington DC, Oberst Ilir Qerriku, angekündigt. Nicht «medienkonform» waren offenbar wenigstens 10 blau lackierte, ebenfalls mit Geschütztürmen ausgerüstete M1151, die am 25. Juli die Grenze in Hani i Elezit/Elez Han aus der Republik Nordmakedonien kommend in Richtung Kosovo überquerten. Diese Fahrzeuge wurden am 29. Juli in Priština nicht präsentiert. Es liegt nahe, sie der ROSU (Spezialeinheit der Kosovarischen Polizei), auch als Njesia Speciale Operative (NJSO), zuzuschreiben. Be-



Thaçis Humvee.

Bild: fb.com/HashimThaciOfficial

sonders an dem Rüstungsgeschäft: Knapp eine Woche vor der Präsentation der Fahrzeuge gab der Kommandant der FSK, Generalleutnant Rahman Rama, zu Protokoll, dass das Beschaffungsabkommen geheim sei. Der kosovarische Präsident Hashim Thaçi präsentierte die neuen Geräte aber kurz danach (unter Zuhilfenahme eines veralteten Bildes aus winterlicher Umgebung) auf seiner Facebook Seite und kommentierte: «Ich hatte heute ein informatives Treffen mit

dem Kommandeur der FSK. Ein Kontingent von 42 amerikanischen Militärfahrzeugen der Marke Humvee wurde gestern in die Kosovo-Armee aufgenommen. Die Rekrutierung neuer Soldaten wird bald beginnen.» Ramas Stellungnahme dazu blieb kurz, er verwies auf eine Vereinbarung seiner Regierung mit AM General über die Lieferung von 51 Humvees, die jedoch bis Ende 2019 abgeschlossen wurde. Die weitere Aufrüstung der FSK geht auf einen Parla-

mentsbeschluss aus dem Jahr 2018 zurück, der vorsieht, die Sicherheitskräfte in eine reguläre Armee zu überführen. Die Transformation soll etwa zehn Jahre in Anspruch nehmen. Dazu wird das Budget von damals 55 Millionen Euro pro Jahr um etwa 5,5 Millionen pro Jahr erhöht. Die einstigen Aufgaben der Kosovo-Armee sollen die Wahrung der territorialen Souveränität und Integrität der Bürger, des Eigentums und der Interessen des Kosovo betreffen. Für

Russland insgesamt ein No-Go. Alexey Zaytsev, stellvertretender Sprecher des russischen Aussenministeriums, kommentierte deshalb die neueste Anschaffung streng: «Amerika beliefert den Kosovo offen mit Waffen und Ausrüstung. Dies untergräbt die Bemühungen um Frieden und Stabilität in der Region massiv». Es zielt damit auf die UN-Resolution 1244 ab, die die Auflösung aller bewaffneten Einheiten des Kosovos vorschreibt.

Russland

Einfluss in Afrika konsolidiert

Der Russland-Afrika Gipfel im russischen Sotchi im Oktober 2019 macht sich bezahlt. In wenigen Monaten hat Moskau in sechs afrikanischen Län-

derafrikanischen Republik und weiteren Ländern stationiert, 20 malische Soldaten werden beispielsweise jedes Jahr in Russland ausgebildet. Zunehmend stützt sich der Kreml auch auf paramilitärische und nichtstaatliche Truppen, wie

beispielsweise die «Private Military Contractors» der von Moskau finanzierten Wagner-Gruppe, unter anderem im Dienst des libyschen Kriegsfürsten Khalifa Haftar. Wagner ist für das russische Verteidigungsministerium ein hybrides Instrument, mit dem politischer, wirtschaftlicher und militärischer Einfluss ausübt oder, je nach Situation, ein diktatorisches Regime gestützt oder gestürzt werden kann. Für autokratische Regime sind die russischen Fähigkeiten «von grossem Interesse, besonders im Einsatz gegen das eigene Volk», so der deutsche Bericht. Wie eingangs erwähnt für Russland eine Win-win-Situation. Mit einem Marktanteil von 37,6% ist Russland der wichtigste Waffenlieferant für Afrika, gefolgt von den USA mit 16%, Frankreich mit 14% und China mit 9%.



Russische Ausbildung in Zentralafrika.

dern – Ägypten, dem Sudan, Eritrea, Madagaskar, der Zentralafrikanischen Republik und Mozambique – um offizielle Erlaubnis zur Errichtung von Militärbasen ersucht (seit 2015 nun insgesamt in 31 Ländern). Präsident Wladimir Putin habe «Afrika zu einer Top-Priorität» gemacht, so ein aus dem deutschen Auswärtigen Amt geleaktes Geheimpapier. Eine zentrale Operationslinie in Afrika sei die militärische Zusammenarbeit mit diktatorischen Regimes des Kontinents. Ein weiterer Aspekt bildet die Ausbildungszusammenarbeit: Etwa 180 Ausbilder der russischen Armee sind in der Zen-

traleuropäischen Republik und weiteren Ländern stationiert, 20 malische Soldaten werden beispielsweise jedes Jahr in Russland ausgebildet. Zunehmend stützt sich der Kreml auch auf paramilitärische und nichtstaatliche Truppen, wie beispielsweise die «Private Military Contractors» der von Moskau finanzierten Wagner-Gruppe, unter anderem im Dienst des libyschen Kriegsfürsten Khalifa Haftar. Wagner ist für das russische Verteidigungsministerium ein hybrides Instrument, mit dem politischer, wirtschaftlicher und militärischer Einfluss ausübt oder, je nach Situation, ein diktatorisches Regime gestützt oder gestürzt werden kann. Für autokratische Regime sind die russischen Fähigkeiten «von grossem Interesse, besonders im Einsatz gegen das eigene Volk», so der deutsche Bericht. Wie eingangs erwähnt für Russland eine Win-win-Situation. Mit einem Marktanteil von 37,6% ist Russland der wichtigste Waffenlieferant für Afrika, gefolgt von den USA mit 16%, Frankreich mit 14% und China mit 9%.

Kaukasus

Nur Sommermanöver?

Es brodelt am Kaukasus. Am 12. Juli lieferten sich Armenien und Aserbaidschan mehrere Feuergefechte in der Grenzregion um Tovuz. Zwölf aserbaidtschanische Soldaten, darunter ein Generalmajor und ein Oberst, wurden bei den Zusammenstössen getötet und vier weitere verletzt. Nun lassen die beiden Kriegsparteien die Säbel gemeinsam mit ihren Verbündeten rasseln. Aserbaidschan und die Türkei führten bis Mitte August gemeinsame Manöver durch, wie vom türkischen Verteidigungsministerium äusserst kurzfristig – am Vortag – angekündigt wurde. «Unter dem Namen Tur-Az 2020 wird gemeinsam eine Truppenübung in Bataillons-

grösse im scharfen Schuss mit Teilnahme von Luftwaffenelementen durchgeführt», so später die Meldung des aserbaidtschanischen Militärs. Konkret hiess das Luftkampfübungen – mit Kampffjets, darunter 5 türkische F-16 und T129 ATAK Kampfhubschrauber (mittels A400M angeliefert) in Baku, Nachitschewan (der aserbaidtschanischen Enklave in Armenien), Ganja, Kurdamir und Jewlach, die bis zum 10. August andauerten. Nur bis zum 5. August trainierten in Baku und Nachitschewan die Bodenkkräfte, die mit Artillerieunterstützung und Mörser gegen simulierte Ziele kämpften. Für Beobachter eine bewusste Provokation. Für den türkischen Aussenminister Mevlüt Çavuşoğlu aber die einzige Antwort



Gemeinsam Stärke zeigen, türkische und aserbaidtschanische Soldaten.

Bild: ISW News

auf «diese armenische Kampf- ansage, welche die Schwäche unserer Verbündeten infolge der aktuellen COVID-19-Pandemie ausnützt, um Aserbaidtschan einmal mehr anzugreifen». Auf der anderen Seite machte die russische Armee für einen Überraschungsdrill mobil. Im Vorfeld zu der Volltruppenübung KAVKAZ 2020 setzte Putin am 17. Juli etwa 15 000 Soldaten in Bewegung. Diese Chance liess man sich in Jerewan nicht ent-

gehen: «Die Streitkräfte Armeniens haben zusammen mit Russland, insbesondere mit dem Militärstützpunkt 102d, gemeinsame Einsätze am Rande der russischen Manöver sowohl auf dem Territorium Armeniens als auch an anderen Übungsorten durchgeführt», erklärte der Pressesprecher des armenischen Verteidigungsministeriums, Artsrun Hovhannisian in der letzten Juli-Woche. Der stellvertretende russische Verteidigungsminister,

Generaloberst Alexander Fomin, wies hingegen nachdrücklich jede Verbindung zwischen den Übungen seiner russischen Streitkräfte und der Eskalation an der aserbaidtschanisch-armenischen Grenze zurück. «Unsere Truppen befinden sich in hoher Alarmbereitschaft, beenden die Konzentration auf ausgewiesene Gebiete und bereiten sich auf Kampfausbildung im Rahmen von KAVKAZ vor, eine strategische Kommando und Stabs-

übung, die sehr lange geplant wurde und entsprechende Vorbereitungs- und Validierungsarbeiten benötigt», so Fomin. Währenddessen lieferten sich armenische und aserbaidtschanische Gruppierungen wüste Schlägereien in Moskau. In Berlin wurde ein Dienstfahrzeug der armenischen Botschaft in Brand gesteckt und sowohl in Köln als auch Hamburg wurden mehrere armenische Kleinbetriebe Opfer von Gewaltanschlägen.

Indien



Rafale für Indien.

Bild: Dassault

Die ersten fünf Dassault Rafale sind auf dem Weg

Die Indian Air Force (IAF) hat bei dem französischen Hersteller im Rahmen eines französisch-indischen Regierungsabkommens im September 2016 insgesamt 36 Rafale im Wert von 7,87 Milliarden Euro bestellt. 24 Flugzeuge dieses Auftrags sind Einsitzer, zwölf weitere Doppelsitzer. Das letzte Exemplar soll schon 2022 übergeben werden.

Frankreich hat sich verpflichtet, in den ersten sieben Jahren der Vertragslaufzeit Offset-Leistungen in Indien zu erbringen. Im Rahmen dieser Leistungen produziert Dassault beispielsweise Komponenten für die Falcon 2000S in Indien.

Am 27. Juli 2020 verabschiedeten Dassault-Mitarbei-

ter – allen voran der Vorsitzende des Unternehmens, Eric Trappier –, die indischen fliegenden Crews sowie die Techniker, die in den vergangenen Monaten sowohl bei der französischen Armée de l'Air als auch bei Dassault Aviation ihre Ausbildung auf dem Muster erhalten hatten. Zum Teil waren sie drei Jahre in Frankreich.

Fünf von insgesamt 36 bestellten Dassault Rafale für die indischen Luftstreitkräfte machten sich anschliessend auf den Weg. Ihr Ziel ist die Ambala Air Force Station der IAF. Auf dem Weg dorthin wurden die Flugzeuge von Tankflugzeugen der französischen Armée de l'Air mehrfach in der Luft mit Treibstoff versorgt. In Indien werden die Flugzeuge der No. 177 Squadron «Golden Arrows» zuge- teilt.

China

Neuer Flugzeugträger geplant

Als Ende vergangenen Jahres bekannt wurde, dass die Volksrepublik China an einem dritten Flugzeugträger arbeitet, waren viele Experten und Marine-Beobachter erstaunt. Der Träger Nummer drei ist diesmal eine echte Eigenentwicklung.

Das erste Schiff, die «CV-16 Liaoning», kaufte China vor einigen Jahren halbfertig von der Ukraine und beendete die Arbeiten für vermutlich mehrere Milliarden Dollar. Der zweite chinesische Flugzeugträger, die «CV-17 Shandong», ist eine Kopie des ersten und basiert damit ebenfalls auf dem Design der russischen Admiral-Kusnetzow-Klasse. Beide Schiffe verfügen über einen sogenannten Ski-Jump – das heisst eine Rampe am Ende

des Flugdecks, damit die Flugzeuge ohne Katapult starten können.

Der im Bau befindliche dritte Träger werde ein sogenannter Flat-Top sein – also ein flaches Flugdeck haben und wie die amerikanischen Flugzeugträger mit einem Katapultsystem ausgestattet werden, möglicherweise sogar mit einem elektromagnetischen Katapultsystem – ein sogenanntes EMALS-System. Für die Chinesen ist aber auch der ältere Dampfkatapult eine Option. Für beide Katapultsysteme gibt es in China jedenfalls Testanlagen.

Sie stehen in der Nähe von Wuhan. Dort haben chinesische Ingenieure eine Nachbildung, ein sogenanntes Mock-Up, im Massstab eins zu eins, aufgebaut – aus tausenden Tonnen Beton. Regelmässig starten und landen Flugzeuge



Bild: SinoDefence

Chinesischer Flugzeugträger CV-16 Liaoning mit Rampe.

dort, um die unterschiedlichen Katapultsysteme auszuprobieren.

Welches System sich am Ende durchsetzen wird, hängt auch vom Antrieb des Schiffes ab. Denn für die elektromagnetische Variante wird viel Energie benötigt – etwa 50 Megawatt sollen es kurzfristig bei der US-amerikanischen Variante sein. Das ist genug Energie, um vergleichsweise eine Kleinstadt mit 60 000 Einwohnern zu versorgen.

Die beiden bereits in Dienst gestellten chinesischen Flugzeugträger werden mit ölgefeuerten Dampfturbinen angetrieben. Wird das dritte Schiff nun möglicherweise erstmals über einen Nuklearantrieb verfügen? Die Marine-Expertin

Sarah Kirchberger vom Institut für Sicherheitspolitik aus Kiel verweist darauf, dass China bisher über keinen Nuklearantrieb für derart grosse Schiffe verfüge. «Es gibt nur Nuklear-Antriebe für die U-Boote, aber die sind nicht geeignet, um einen Träger anzutreiben. Und weil dies noch nicht entwickelt wurde, geht man davon aus, dass es mit dem EMALS-System in China schwierig werden könnte.» Der Antrieb des dritten chinesischen Flugzeugträgers ist also noch unklar, genauso wie die Frage, welche Art von Katapult künftig zum Einsatz kommen wird.

Auch ist nicht sicher, welches Flugzeug vom Deck des neuen Flaggschiffs abheben wird. Auf den beiden beste-



USS Carl Vinson (CVN-70) mit Flachdeck.

Bild: Wikipedia

henden Schiffen ist die Shenyang J-15 stationiert. Das Flugzeug basiert zum Teil auf der russischen Suchoi Su-33, wird allerdings nicht in Lizenz gebaut. Chinas Kopie ist mit einem Maximalgewicht von 33 Tonnen das schwerste Flugzeug, das überhaupt auf Trägern eingesetzt wird. Das hat Nachteile mit Blick auf die

Bewaffnung und Reichweite. Man wisse, dass ein neuer trägergestütztes Flugzeug in Entwicklung sei, sagt Kirchberger. Über die Merkmale gebe es vor allem Gerüchte. Technische Details sind daher noch nicht bekannt. Man spreche von Gesamtkosten in der Höhe von 50 Milliarden Dollar.

Japan

Japan modernisiert F-15J

Das Land der aufgehenden Sonne plant, bis zu 98 Flugzeuge ab dem Jahr 2022 umzurüsten und zu modernisieren. Boeing und Mitsubishi Heavy Industries werden damit betraut.

Es war Präsident Donald Trump, der den «Deal» angekündigte. Der jüngst unterzeichnete Vertrag zwischen Japan und den USA ist Teil eines



Japanische F-15J.

Bild: Boeing

grösseren Modernisierungsprogramms im Wert von 4,5 Milliarden US-Dollar, das die US-Regierung im Oktober

2019 angekündigt hatte. Mit den Upgrades werden neue ELoKa-Systeme und Waffen eingeführt. Im Cockpit kommen grosse Displays zum Einsatz, und ein neuer Missionscomputer wird eingebaut.

Im Rahmen der Vereinbarung wird Boeing Mitsubishi technische Zeichnungen, Bodenunterstützungsausrüstung

und Einbauanleitungen für die Aufrüstung der ersten beiden F-15J-Flugzeuge auf die «Super Interceptor»-Konfiguration zur Verfügung stellen.

Mitsubishi hat die derzeitige japanische F-15J-Flotte von über 200 Flugzeugen zwischen 1980 und 2000 in Lizenz produziert und wird als Hauptauftragnehmer für die Nachrüstung fungieren. Sojitz Corporation, ein Handelsunternehmen, bildet die Brücke zur US-amerikanischen Boeing.

Kambodscha

Premier baut in der Krise seine Macht aus

Der Verfassungsrat Kambodschas hat einstimmig das neue Notstandsgesetz für verfassungskonform befunden. Jenes Gesetz, das dem Militär weitreichende Durchgriffsrechte gewähren würde, wenn der Notstand durch den König ausgerufen wird. Eine Regelung, wer diesen noch erklären kann, wenn König No-

rodom Sihamoni wie im Moment ausser Land ist – er wird in China medizinisch behandelt –, gibt es nicht.

Dass der Verfassungsrat dem Gesetz zugestimmt hat, ist nicht weiter verwunderlich. Denn Premierminister Hun Sen, der seit 34 Jahren das Land autokratisch regiert, tut dies seit 2018 mit einem Parlament, das nur noch aus Abgeordneten der Regierungspartei besteht. Die Oppositi-

on wurde aufgelöst, kritische Stimmen unterdrückt. Eine unabhängige Justiz gibt es nicht.

Die Corona-Krise nutzte Hun Sen offenbar, um seine Macht weiter zu festigen. «Scharfe Töne seitens demokratischer westlicher Regierungen bezüglich der schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in Kambodscha sind seit COVID-19 verstummt», sagt Wenzel Mi-

chalski von Human Rights Watch. Die Staaten seien in Zeiten der Pandemie mit ihren nationalen Problemen eingedeckt, doch die Menschenrechtsverletzungen in Kambodscha dauern an. Die Lage verschärfe sich, obwohl es bereits vor der Krise keine Meinungs- und Pressefreiheit gegeben habe.

*Pascal Kohler,
Henriette Schneider*